

»Alles, was wir wollen, ist ein Ende der Gewalt«

Unruhen in Syrien: Verhandlungslösung setzt Generalamnestie für politische Gefangene voraus. Ein Gespräch mit Haytham Manna

Seit fünf Monaten dauern die Unruhen in Syrien an. Wo steht die Protestbewegung heute?

Wir befinden uns an einem Scheideweg. Im Prinzip sind alle Möglichkeiten offen. Entweder gehen wir den Weg der Revolution bis zum Ende weiter, oder sie wird abgewürgt. Durch Repression oder durch eine Gegenrevolution. Das Schlimmste an der jetzigen Situation ist, daß das Regime noch immer auf eine Lösung durch die Sicherheitskräfte setzt. So eine »Lösung« wäre aber ein Unglück für die Menschen und für die Revolution.

Viele Menschen in Syrien hoffen noch immer, daß der Konflikt durch einen Dialog zwischen der Protestbewegung und der Regierung gelöst werden kann.

Sie möchten einen friedlichen Übergang. Gibt es dafür noch eine Chance – und wenn ja, wer kann diesen Dialog führen?

Wenn es eine friedliche Bewegung gibt, dann muß Dialog und Verhandlung auch Teil der Strategie einer solchen Bewegung sein. Man kann sich auch nicht damit herausreden, daß der Zeitpunkt dafür jetzt gerade ungünstig sei. Aber mit Dialog und Verhandlungen ist es so wie mit einem Fisch ohne Wasser. Auch ein Dialog braucht eine Grundlage, die ihn mit Leben erfüllt.

Was wäre die Grundlage für einen Dialog in Syrien heute?

Die erste Bedingung ist, daß nicht mehr auf eine »Lösung« durch die Sicherheitskräfte gesetzt wird. Zweitens die Freilassung von mehr als 12 000 politischen Gefangenen. Die dritte Bedingung wäre, daß der Staat für alle Opfer der Kämpfe, alle Toten und Verwundeten die Verantwortung übernimmt. Viertens die Einrichtung eines Ermittlungsausschusses, bestehend aus vertrauenswürdigen Persönlichkeiten, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind. Wenn diese nationalen Grundbedingungen erfüllt sind, könnte man sich auf eine Zusammenkunft einlassen.

Wer könnte der Dialogpartner auf staatlicher Seite sein?

Man wählt ja nicht die andere Seite, sondern ist oft gezwungen, sich mit den schlimmsten Leuten an einen Tisch zu setzen. Aber es gibt keinen Zweifel daran, daß wir einen demokratischen Übergang brauchen.

Die Diktatur ist am Ende, wir müssen Institutionen aufbauen, was sehr schwierig sein wird. Das kann nur mit einer Phase beginnen, in der die Macht geteilt wird. Alles, was wir wollen, ist ein Ende der Gewalt. Die Armee muß erhalten bleiben, aber sie muß ausschließlich für ihre ursprünglichen Aufgaben eingesetzt werden. Wir möchten, daß eine nationale Konferenz einberufen wird, um eine neue Verfassung auszuarbeiten, um eine Übergangsregierung zu bilden und um Wahlen vorzubereiten.

Die EU, die USA und UN-Sicherheitsrat haben bereits Sanktionen gegen Syrien verhängt und denken laut über weitere Zwangsmaßnahmen gegen Ihr Land nach. Halten Sie das für den richtigen Weg, hilft das der Protestbewegung?

Kuba ist das beste Beispiel dafür, daß Sanktionen ein Regime nicht stürzen können. Fidel Castro ist nicht deswegen zurückgetreten, sondern weil er krank war. Saddam Hussein im Irak hat 13 Jahre mit Sanktionen weiter regiert. Wir wollen keine Zwangsmaßnahmen gegen unser Land, sondern gegen Personen.

Was können die nächsten Schritte sein?

Jetzt in der zweiten Hälfte des Ramadan müssen wir eine neue Strategie ausarbeiten, um die Repression zu durchbrechen. Das Regime wollte den Fastenmonat zum Angriff gegen die Bevölkerung nutzen und hat am 31. Juli drei Städte gleichzeitig angegriffen. Die Regierung Assad kann natürlich die Medien stärker nutzen und besetzt die öffentlichen Plätze, die uns fehlen. 3 000 führenden Persönlichkeiten sind in Gefangenschaft.

In welcher Beziehung stehen Sie zu der Bewegung im Land, und wie kommunizieren Sie mit ihr?

Es gibt ein Netzwerk. Wir versuchen über Skype und andere, neue Medien, mit den Personen in Kontakt zu kommen, die von dort berichten. Das sind Leute aus den traditionellen Parteien, aber auch die Koordinationsräte der Protestbewegung. Außerdem bekommen wir Informationen aus der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten. Wir versuchen von außen etwas zu dem Wunder beizutragen, das die Menschen in Syrien, die Widerstand leisten, schon vollbracht haben.

Interview: Karin Leukefeld



Haytham Manna ist Sprecher der Arabischen Menschenrechtskommission mit Sitz in Frankreich. Er wurde 1951 in Südsyrien geboren und studierte Medizin und Anthropologie in Damaskus und Paris.



Anschlagsserie. Bei einer Reihe von Bombenattentaten sind im Irak mitten im Fastenmonat Ramadan mindestens 60 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt worden. Allein in der mehrheitlich von Schiiten bewohnten Stadt Kut (Foto) südöstlich von Bagdad habe es mindestens 37 Todesopfer gegeben, teilten Behörden am Montag mit. Die Anschläge wurden von Selbstmordattentätern und mit Autobomben begangen und waren offensichtlich abgestimmt. In der Stadt Kut explodierte zunächst ein Sprengsatz an einer Straße. Anschließend wurde eine Autobombe gezündet, mit der offensichtlich Polizisten angegriffen werden sollten. (Reuters/JW)

Vetorecht gefordert

DGB und BDA gemeinsam für Eindämmung von Ein-Euro-Jobs

Gewerkschaften und Unternehmer haben von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eine Eindämmung der Ein-Euro-Jobs gefordert. »Das Mißbrauchspotenzial ist weiterhin hoch, zumal Kontrollen selten sind«, heißt es nach Angaben der Tageszeitung *Die Welt* vom Montag in einer Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Gesetzentwurf über die Reform der Arbeitsmarktinstrumente. Ein im Mai von der Bundesregierung beschlossener Gesetzentwurf sieht bislang nur vor, die Ein-Euro-Jobs gegenüber der Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt und Qualifizierung nachrangig zu behandeln.

Die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) schreibt in einer der *Welt* vorliegenden Stellungnahme: »Nur mit einem Vetorecht sei-

tens BDA und DGB könnten Arbeitsgelegenheiten kontrolliert eingesetzt und Wettbewerbsbeeinträchtigungen durch öffentliche Beschäftigung vermieden werden.«

In einem Brief an die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages werben die Tarifparteien dem Bericht zufolge nun gemeinsam für einen Änderungsantrag zu dem Gesetz. Demzufolge soll ein Ausschuß aus den örtlichen Unternehmer- und Beschäftigtenorganisationen gebildet werden, »der die kommunalen Träger hinsichtlich der Förderkontingente und der Einsatzfelder öffentlich geförderter Beschäftigungsmaßnahmen« berät. Sofern ein Einvernehmen nicht erzielt werden könne, sollten beide Seiten dem Vorschlag zufolge ein Vetorecht bekommen.

Die Linkspartei unterstützt den Vor-

stoß. »Ein Vetorecht gegen Ein-Euro-Jobs für die Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften in den örtlichen Beiräten der Jobcenter ist dringend notwendig, damit reguläre Jobs nicht weiter verdrängt werden«, erklärte Die Linke-Arbeitsmarktpexpertin Sabine Zimmermann. »Es ist ein Pferdefuß der bisherigen Gesetzgebung, daß die regionalen Beiräte in dieser Frage kein Mitbestimmungsrecht besitzen.«

Kritik kam hingegen von den Kommunen. »Der Konjunkturaufschwung geht an den Hartz-IV-Empfängern vorbei«, sagte Uwe Lübking vom Städte- und Gemeindebund der *Welt*. Es stelle sich die Frage, was mit denjenigen geschehen solle, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. »Für die brauchen wir öffentlich geförderte Arbeitsgelegenheiten.« (AFP/JW)

NACHRICHTEN

Kurdischer TV-Sender in Dänemark vor Verbot

KOPENHAGEN. Die dänische Staatsanwaltschaft hat ein Verbot des kurdischen Fernsehsenders Roj-TV gefordert. Der Sender glorifiziert die kurdische Arbeiterpartei PKK, sagte Staatsanwalt Jakob Buch-Jepsen vor Gericht in Kopenhagen am Montag. Gegen Roj-TV solle eine Geldstrafe verhängt und den Machern die Rundfunklizenz entzogen werden. Der Anwalt des Senders wies die Vorwürfe zurück. Drei kurdische Abgeordnete und der Botschafter der Türkei in Dänemark waren bei der Anhörung anwesend. Vor dem Gerichtsgebäude fand gleichzeitig eine prokurdische Demonstration statt. Ein Urteil wird im November erwartet. (dapd/JW)

Dürre: Oxfam will mehr Hilfe aus Afrika

NAIROBI. Die britische Hilfsorganisation Oxfam hat die afrikanischen Staaten dazu aufgerufen, mehr Engagement im Kampf gegen den Hunger im Osten des Kontinents zu zeigen. Die Unterstüt-

zung für die Dürreopfer sei unzureichend, sagte ein Sprecher am Montag in Nairobi. Nur Südafrika, Namibia, Kenia und der Sudan hätten bisher gespendet. Namibia hat angekündigt, 500 000 Dollar (348 000 Euro) zur Verfügung zu stellen, Südafrika eine Million. Die Staaten des Kontinents müssten mindestens 50 Millionen Dollar aufbringen. Insgesamt sind laut den UN für die Bekämpfung der Hungersnot 1,4 Milliarden Dollar nötig. (dapd/JW)

Jusos lassen Koalitionsfrage offen

BERLIN. In der SPD herrscht Uneinigkeit über eine Koalitionsfähigkeit der Linkspartei. Der Vorsitzende der SPD-Nachwuchsorganisation Jungsozialisten, Sascha Vogt, wies die generelle Absage des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel an eine »rot-rote« Regierungsbildung auf Bundesebene zurück. »Koalitionsfragen im Bund stellen sich in zwei Jahren«, sagte Vogt der Tageszeitung *Die Welt* (Dienstagausgabe). SPD-Chef Gabriel hatte am Sonntag Politikern der Linkspartei ihre Aussagen zum Bau der

Berliner Mauer vor 50 Jahren vorgeworfen und eine Zusammenarbeit von SPD und Linken auf Bundesebene als »undenkbar« bezeichnet. (dapd/JW)

Fußballklub kooperiert mit Polizei

BERLIN. Der Fußball-Oberligist BFC Dynamo hat eine Sicherheitspartnerschaft mit der Berliner Polizei bekanntgegeben. Ausschlaggebend waren Krawalle im Anschluß an das DFB-Pokal-Spiel gegen den 1. FC Kaiserslautern. Ziel der Partnerschaft sei, durch ein gemeinsames Sicherheitskonzept den Gefahrenlagen deeskalierend entgegenzuwirken, teilte der Verein am Montag auf seiner Webseite mit. Am Freitag habe der BFC mit Vertretern des Nordostdeutschen Fußballverbandes, des Sportforums Hohenschönhausen und der Berliner Polizei eine Richtlinie der Zusammenarbeit zwischen allen Partnern besprochen. Dabei sei es auch um die Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen Verein und Sicherheitsbehörden gegangen. (dapd/JW)